

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pl., monatlich 22 Pl., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. Mai 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Vergütungsinterale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 57

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Wirkheit: Das Jahr 1914 für unsern Verband, I. — Volksernährung und Lebensmittelpreise.

Korrespondenzen: Dresden. — Jitau (M.-M.).

Kundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Kriegszulage. — Die graphischen Sammlungen und Ausstellungen in Leipzig. — Einfluß des Krieges auf die Wohnungsfrage. — Kirdorf und die Seinen. — Arbeitszeit und Lohn in der Militärdruckererei.

Das Jahr 1914 für unsern Verband

I.

In diesen Tagen gelangt der Rechenschaftsbericht des Verbandsvorstandes zur Ausgabe. Was die bis jetzt erschienenen Jahresberichte der Gauen schon zur Gewißheit werden ließen, das erbärtet nun der Verbandsbericht: unsere Organisation hat das Schicksalsjahr 1914 mit seinen beispiellos schweren Erschütterungen in Festigkeit überstanden. Wir können nunmehr, wie es im Jahresberichte heißt, „wenn nicht eine unerwartete Veränderung in der allgemeinen Situation eintreten sollte, mit größerem Vertrauen in die Zukunft blicken — zur Genugtuung der zurückgebliebenen und zur Bekriedigung der hoffentlich recht bald aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen“. Eine begrüßenswerte Perspektive, die des verpflichtigen Wenn aber leider nicht entbehren kann, weil in Italien der gesunde Menschenverstand zum Teufel gegangen ist, die Kriegstreiber wieder oben auf gekommen sind.

Wie hart unser Gewerbe von den Kriegswirkungen betroffen worden ist, schildert der vor kurzem veröffentlichte Geschäftsbericht des Tarifamtes ja schon einbringlich. Die unbeeinträchtigte Aufrechterhaltung der Tarifgemeinschaft bildet darin eine besonders erfreuliche Konstatierung. Es sind nicht nur gewohnheitsmäßige Schwarzseher gewesen, die bei Ausbruch des ungeheuren Weltkriegs, dessen veröhnendster Ausklang ein von ungezählten Millionen als letzter, größter Sieg herbeigeführter Weltensiege sein würde, für die Gewerkschaften und die tariflichen Arbeitsverträge das Schlimmste befürchteten. Denn für das tausendfältige Erwerbs- und Wirtschaftsleben bedeutet ein Krieg, und je größer dieser desto mehr, einen Stoß bis ins Mark. Aber unter den falschen Rechnungen, die durch diesen Krieg, weniger für Deutschland als für seine Gegner, sich bereits herausgestellt haben, sind die nichteingetroffenen Befürchtungen in betreff der Gewerkschaften und Tarifgemeinschaften jedenfalls zu einer ganz angenehmen Enttäuschung geworden. In diesem Umstande bekundet sich sowohl als Tatsache wie als schöner Fortschritt gegen früher, daß die Gewerkschaften wie das von ihnen nach anfänglicher Bekämpfung bei den Buchdruckern kräftig geförderte Tarifvertragswesen keine leeren Organisationsgebilde sind, sondern mit der Zeit wurzelstark wurden.

Welcher Vorteil daraus der Arbeiterchaft in erster Linie, aber auch der Volksgesamtheit erwachsen ist, das hat sich während der zehn Kriegsmomente augenfällig gezeigt. Der Jahresbericht bringt deshalb die Situation zum Münchener Gewerkschaftskongreß (Juni 1914) in Erinnerung, erwähnt die zum Teil schon in Anwendung befindlich gewordenen Maßnahmen wie die zum größeren Teil erst geplanten Absichten der Behörden, die auf weitgehende Unterbindung der gewerkschaftlichen Betätigung abzielten. Bei der unzweideutigen Stellungnahme des

Gewerkschaftskongresses gegen jedwede Schwächung der Koalitionsfreiheit — was nichts anderes gewesen wäre als rechtliche Ungleichheit gegenüber den Unternehmerorganisationen, die unbehelligt bleiben sollten, obwohl sie ganz offen Politik treiben — standen schwere Kämpfe zu erwarten. Der Krieg hat dann einen so plötzlichen und gründlichen Wandel der Anschauungen vollzogen, daß die Gewerkschaften auf einmal von den Ausstrahlungen voraugustlicher Rückständigkeit verlehnt blieben. Ihre in der Generalkommission und den Konferenzen der Verbandsvorstände gegebene Vertretung bemühte sich eifrig — auch die der politischen Arbeiterbewegung arbeitete konform in dieser Richtung — die auf wirtschaftlichem Gebiete durch den Krieg entstandenen Schwierigkeiten zu beheben und Vorkehrungen zu treffen, die sich namentlich für die arbeitende Bevölkerung als notwendig erweisen. Regierung und Behörden hatten nun Gelegenheit, das positive Wirken der Gewerkschaften mit eignen Augen zu sehen, während sie bis dahin mehr oder weniger durch die Brille einflußreicher Unternehmerkreise oder des mit politischer Kurzsichtigkeit behafteten Bureaokratismus zu blicken gewohnt waren.

Der Verbandsvorstand führt in seinem Jahresberichte die auf die Generalkommission zurückzuführende Arbeitsnachweiskonferenz, die zeitlich eigentlich nicht mehr in die Jahreschronik von 1914 gehört, weil sie Anfang Februar 1915 stattfand, im Zusammenhang der Dinge aber doch hier zu erwähnen ist, als ein bemerkenswertes Faktum an. Der Einlabung hatten die Reichsregierung wie alle bei dieser wichtigen Frage in Betracht kommenden Korporationen entsprochen, und wenn auf eine gesetzgeberische Maßnahme in dieser Richtung noch während des Kriegs auch nicht gerechnet werden kann, so ist für die paritätischen Arbeitsnachweise und für die sehr notwendige Regulierung des enormen Angebots bei Rückkehr der Millionen Arbeiter nach Beendigung des Kriegs die Bahn freigelegt worden. Die Einführung paritätischer Arbeitsnachweise würde mit den einseitigen Unternehmerarbeitsnachweisen aufzuräumen und für die Arbeiterchaft einen ansehnlichen Fortschritt gegen den jetzigen Zustand bringen. Die übrigen Gewerkschaftsrichtungen haben sich auf den von der Generalkommission vertretenen Standpunkt gestellt, was von vornherein zum Nutzen ist. Wir Buchdrucker sind in dieser auch von dem letzten Gewerkschaftskongreß erörterter Frage schon seit dreizehn Jahren über den Berg.

Daß allein die freien Gewerkschaften bis zum 30. Januar 1915 780594 Mann gleich 34,1 Proz. ihrer Mitglieder unter den Waffen haben, und daß in den ersten sechs Kriegsmomente von ihnen über 17½ Millionen Mark an Arbeitslose verausgabt wurden, außerdem noch über 6 Millionen Mark an die Familien der einberufenen Mitglieder, ist der urkundliche Beweis, daß physisch und finanziell die Anforderungen gewaltig sind, die der Krieg an die wirtschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiter stellt. Die Kriegsarbeitlosen wie die Kriegsfamilienunterstützung gehören aber gar nicht zu den direkten Aufgaben der Gewerkschaften. Der Jahresbericht unfres Verbandsvorstandes spricht daher die Erwartung aus, die Gewerkschaften würden nunmehr bei Regierung und Gesetzgebung eine ihrem nützlichen Wirken entsprechende Bewertung finden, ihre Notwendigkeit im Allgemeininteresse hätten sie

genugfam dargefan. Die bisherigen Gegner der Gewerkschaften müßten nun ihr Urteil revidieren, aber auch die Arbeiterchaft hätte so manche Mißanwendung aus dem Weltkrieg zu ziehen. Die zahllosen Opfer an Gut und Blut würden hoffentlich eine Brücke bilden zur Milderung der Gegenläufe im Reich und zur Anbahnung erträglicher Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern. Unfre Verbandsleitung spricht dies aus, ohne optimistisch erscheinen zu wollen. Die sehr deutlich für die Gewerkschaften sprechenden Tatsachen geben ja dazu schon Berechtigung. Wenn man inzwischen auch erfahren hat, daß nicht nur ein Kirdorf dokumentierte, wie wenig Neigung und Fähigkeit zum Erlernen bei manchen Leuten vorhanden ist, die übrigens auch anderswo zu finden sind, nur von weniger Offenberzigkeit, so darf deshalb doch nicht alles in den Kirdorfschen Topf geworfen werden. Die Gewerkschaften werden am wenigsten gebohft haben, von der weltlichen Großindustrie mit andern Augen als bisher betrachtet zu werden. Ihr Ziel ist jedoch, diesen Widerstand zu brechen durch Gewinnung größeren Einflusses an andern Stellen. Deshalb sind sie in stärkerem Maße Gegner der Selbst einschachtelungspolitik geworden.

In unserm Gewerbe haben wir neben dem anerkennend angeführten Zusammenwirken der Prinzipalsorganisation und des Verbandes in Gestalt einer gemeinsamen Eingabe an alle behördlichen und privaten Körperchaften zwecks vermehrter Erlangung von Druckaufträgen, neben dem Sicherstehenden zwischen Prinzipal und Personal zur Überwindung der durch den Krieg eingetretenen großen Schwierigkeiten, neben den lobenswerten Unterstützungen einer stattlichen Firmenzahl an die Familien der eingezogenen Gehilfen und Angestellten ja auch Erscheinungen zu verzeichnen gehabt, die wenig erfreulich zu nennen sind. Wie im allgemeinen, so sind dies auch bei uns fast durchweg die gleichen Personen und Kreise, die nicht in günstigem Sinne von sich reden machen. Der Vorstandsbericht legt sich aus burgfriedlichen Gründen eine gewisse Reserve bei Berührung dieser Dinge auf und spricht vor allem die Erwartung aus, die beiderseitig getragenen Lasten dieser schweren Zeit möchten über die Dauer des Kriegs insofern nachwirken, „als sie die Erkenntnis von der Notwendigkeit des ferneren friedlichen Zusammenwirkens befestigen und die Wege finden läßt, die beiden Seiten gerecht werden“. Einzelne Firmen — und das nicht einmal die kleinsten — haben aber durchaus den guten Willen vermissen lassen, zur Milderung der außerordentlichen Arbeitslosigkeit ihrerseits beizutragen. Ein Prinzipal setzte seinem gern betonten Sozialverständnis die Krone auf, indem seine Maschinenfabrik trotz Ausbleibens des übrigen Personals täglich eine halbe Stunde länger arbeiten sollten ohne die tarifliche Entschädigung. Aus dem Faktorenorgane wird ein Beispiel angeführt, wie rückständig in einer glänzend beschäftigten Industriestadt des Rheinlandes einer der bedeutendsten Zeitungsverleger sich gegenüber seinen Faktoren benahm. Der vom Tarifamte sogleich nach Ausbruch des Kriegs gegebenen Anregung zu beiderseitiger Verständigung über vorübergehendes Verkürztarbeiten wurde wohl im weitesten Sinn entsprochen, der Aufforderung der tariflichen Zentralfstelle, ihr von allen getroffenen Vereinbarungen

Kenntnis zu geben, sei jedoch vielfach nicht entsprochen worden. Es wolle scheinen, als ob manchmal bei diesen „Vereinbarungen“ lediglich die Interessen des betreffenden Geschäfts berücksichtigt worden wären. Daß demgegenüber die geschäftlichen Interessen so wenig Beachtung fanden, als infolge der immer weiter um sich greifenden Einberufungen Mangel an Maschinenfeuern und andern Spezialarbeiten entstand, und das Tarifamt mit der Aufzucht zur Ausbildung von Handfeuern dann nur geringen Erfolg verzeichnen konnte, hat allgemein überrascht und gab zu den unerschiedlichsten Kommentierungen Anlaß. Mit dem Aussehen ist, wie die Verhandlungen der „Kriegskommission“ des Verbandes ergeben haben, zuweilen förmlicher Mißbrauch getrieben worden. Ob die Gehilfen bei verkürzter Arbeitszeit und der gleichzeitigen sehr starken Verteuerung des Lebensunterhaltes noch existieren können, wäre von solchen Firmen gar nicht bedacht worden. Es müßte aber größeres Verständnis für die schwierige Lage der Gehilfen in der Jetztzeit erwartet werden. So sehen wir also auch bei uns neben erwidern dem Lichte kalte Schaffen, Das auszuspochen war im Jahresberichte notwendig, wie es auch hier Hervorhebung verdient; gerade in Anbetracht des fast gleichbleibenden Kreislaufes der Gehilfenfreundlichkeit unverdächtig Prinzipale.

Wenn man die im Vorstandsbericht aufgeführten Resultate der einzelnen Verbände-Kriegsstatistiken sich vor Augen führt, so läßt sich ein Bild gewinnen, welches diese Spuren der Krieg in unserer Organisation gezogen hat. Die Höchstzahlen waren; Eingezogen am 30. Januar 1915 22760, zur gleichen Zeit zu andern Berufs übergegangen 3725, vollbeschäftigt 32836 Mitglieder; am 12. September v. J. arbeitslos 18517, auslesen und gekürzte Arbeitszeit 11657 Mitglieder. Das Jahr 1914 kann hinsichtlich der Arbeitslosigkeit nicht gleichmäßig gewertet werden, der Vorstandsbericht macht daher Feststellungen für jede Jahreshälfte. Danach ergibt sich für die zwei ersten Quartale eine Arbeitslosenquote von 3/7, Proz. (gegen 3/4, Proz. in den ersten sechs Monaten von 1913), für die zwei letzten jedoch von 23 Proz. Nicht weniger als 11594 Mitglieder fehlte demnach ständig in der zweiten Jahreshälfte Arbeitsgelegenheit — trotz der über alles Erwarteten starken Einberufungen zum Heer unter den Buchdruckern. Die finanzielle Anspannung des Verbandes war denn auch groß, so groß, daß trotz der 50 Pf. Extrasteuern für die vollbeschäftigten Mitglieder 1410156 Mk. von dem Verbandsvermögen bis zum Jahresende ausgegibt werden mußten. Man erhält dafür erst einen Maßstab, wenn der Deutsche Metallarbeiterverband als größte Gewerkschaft mit neun Unterstützungszweigen mit seinem Jahresergebnis für 1914 dazu in Vergleich gestellt wird. Die Metallarbeiterorganisation zählte Ende 1913 544934 Mitglieder, unter Verband 88915. Der Metallarbeiterverband hatte durch den Krieg in seiner Hauptkasse einen Verlust von 1706448, unter Vermögen erfuhr Berringerung um 1410156 Mk. bis zum Jahreschlusse 1914. Den Mitgliederstand von 1913 aufgrund gelegt, büßte also der Metallarbeiterverband pro Mitglied 3,06, unter Organisation aber 20,46 Mk. ein. Das es bei der traurigen gewerblichen Lage nicht noch schlimmer gekommen ist, kann auf die getroffenen Vorkehrungen der Zukunftsarbeit des Aussehens wie des verkürzten Arbeitens in erster Linie zurückgeführt werden. Die Arbeitslosigkeit wäre sonst weit größer gewesen. Daß daraus von vielen Firmen ein Gewohnheitsrecht hergeleitet wurde, ist schon einer Kritik unterzogen worden. Unsere Leistungen während des Krieges werden im Schlussartikel noch näher zu betrachten sein.

Sier möge nur noch Erwähnung finden, daß der Vorstandsbericht die in voriger Nummer ausführlich behandelte Extratur auf internationalem Gebiet im gleichen Sinn abfertigt.

Volksernährung und Lebensmittelpreise

Der Reichstag ist in der Woche vor Pfingsten vom 18. Mai an wieder verammelt. Man hat schon gehört, es würden sich wohl nach Pfingsten noch einige Sitzungstage notwendig machen. Andre Probestellungen lassen eine solche Möglichkeit nicht selten, weil ein Bedürfnis zu

einer längeren Tagung, als vorgelesen, nicht zu erkennen sei. Nach unserer Auffassung hätte der Reichstag für die Woche nach Pfingsten ausreichende Beschäftigung, wollte er sich dem ungemein schwerwiegenden Thema von der Volksernährung und den Lebensmittelpreisen während des Krieges mit der gebotenen Aufmerksamkeit widmen.

In der vergangenen Woche nahm die Budgetkommission des Reichstags ihre Tätigkeit wieder auf. Auch die Ernährungsfrage wurde in diesen die Vollerfassungen vorbereitenden Beratungen mit behandelt. Da hat man denn gute Botschaften zu hören bekommen: Brotgetreide sei für 1915 nicht nur ausreichend vorhanden, sondern auch noch in einem Reservebestande, der die angenommenen Mengen überdeckt und selbst von eintretenden Zufälligkeiten nichts befürchten lasse. Die Brotfraktionen könnten erhöht werden — ein konservativer Redner hielt dies sogar in wesentlichem Maße für möglich —, für stärker arbeitende Berufe wird wenigstens bestimmt ein höheres Verbrauchsquantum gestatet. Für Mehl sollen neue Verhältnisse geschaffen werden. Staatssekretär Delbrück erkannte an, daß es mit den Mehlpreisen nicht so wie bisher bleiben könne. Die günstigste Mittelung war jedenfalls die regierungsseitig gemachte Erklärung, daß der Vorrat an Kartoffeln alle Erwartungen und Zahlen getrogen habe; er sei nicht nur groß zu nennen. Die Herstellung von Fleischauswaren solle nicht mehr empfohlen und die Schweinezucht brauche nicht weiter eingeschränkt zu werden. Die Regelung und Kontrolle des Konsums solle bleiben; aber noch mehr Neuorganisationen zu schaffen, als unbedingt notwendig seien, werde man unterlassen, denn sonst würden, wie der stellvertretende Reichskanzler bemerkte, die Minderkränkheiten wiederkehren, die von den bestehenden Organisationen nimmere überwinden seien.

Das sind an sich ganz erfreuliche Nachrichten. Kommt noch hinzu, daß vom 15. Mai an die von der Kriegsgeldregelung beschlossene zweite Ermäßigung der Mehlpreise in Kraft tritt, mit denen Deutschland für Weizen unter den Londoner Preisstand herabzieht, sowie die Tatsache, daß nach den neusten Feststellungen wir über ebensoviele Weizen- als Roggenmehl verfügen, so wäre Grund genug vorhanden, in Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse mit dem Stande der Dinge zufrieden sein zu können.

Aber dieses Gefühl aufkommender Befriedigung ist durchaus nicht ungetrübt. Mit der faktischen Sicherstellung der Volksernährung ist noch nichts erreicht, wenn nicht auch die Preisgestaltung für Lebensmittel einigermaßen wieder befriedigend wird. Der Abgeordnete Hoch erklärte in der Budgetkommission ganz richtig, mit der Feststellung ausreichender Mengen der wichtigsten Lebensmittel sei noch nichts getan, es müßten auch die Preise erschwingbar sein. Die ganzen Verhandlungen wären zwecklos, wenn es nicht gelänge, die Preise dafür herabzusetzen. Die Bevölkerung lebe heute unter sehr schwierigen Verhältnissen, die Regierung scheine das nicht zu wissen. Vom Regierungssitze wurde darauf geantwortet, das Ziel der Regierung sei stets gewesen, die Preise für Lebensmittel erschwinglich zu gestalten. An diesem Vorhabe soll gar nicht gezweifelt werden. Mit Ausnahme der an den hohen Lebensmittelpreisen interessierten Kreise, als da sind die Landwirte, die Groß- und die Kleinbändler einschließlich der Fleischer und Bäcker, besteht allgemein und mit voller Berechtigung die Auffassung, daß die außerordentlich hohen, von weiten Bevölkerungsschichten nicht mehr zu bezahlenden Preise für Lebensmittel durchaus ungerechtfertigt sind. Die in der Budgetkommission bekanntgegebenen Feststellungen der Vorräte an Getreide und Kartoffeln — der Schweinevorrat war längst bekannt — befähigen das Urteil der Öffentlichkeit in jeder Weise. Warum also diese unnatürlichen Preise? Ist die Zeit eines Krieges mit ihren vielen Nöten und großen Leiden nicht vielmehr dazu angesetzt, wilder, egoistischer und in ihren Wirkungen allgemeinschädlicher Spekulation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten? Muß nicht im Allgemeininteresse die von vielen befolgte, von niemand aber ausgegebene Lösung „Bereichert euch!“ mit aller Energie bekämpft werden? Gibt es eine ärgere Störung des Burgfriedens, der doch den inneren Streit beilegen oder zum mindesten abschwächen soll, als diese Preisbewegung, die wir in den letzten Monaten erleben? Auch im Plenum des Reichstags darüber ausführlich und mit aller Deutlichkeit zu sprechen, ist daher ein dringendes Gebot der Stunde.

Der Preis für Roggenbrot und für Weizengebäck kann nun in kürzester Zeit nicht unberücksichtigt herabgesetzt werden. Wir haben aber keine Gewähr dafür, wenn nicht Reichsregierung und Reichstag ganz unzweideutig zu erkennen geben, daß dies unbedingt geschehen muß. Von Regierungsseite ist in der Budgetkommission gesagt worden, die Höchstpreise für Kartoffeln müßten auch nach der jetzigen Kenntnis des Vorrates als durchaus richtig und zweckmäßig bezeichnet werden. Man darf wohl annehmen, daß damit nicht die Beibehaltung der jetzigen Kartoffelpreise ausgesprochen sein soll. Die fast allseitig geforderte Kartoffelbeschlagnahme ist bekanntlich ausgeblieben; „wegen technischer Schwierigkeiten und wegen der Gefahr des Verderbens bei ungenügender Behandlung und Aufbewahrung der beschlagnahmten Kartoffeln“, wie begründend ausgeführt

wurde. Der preußische Landwirtschaftsminister soll mit seinen Bedenken dagegen abgestimmt haben. Dafür kam die Bundesratsverordnung vom 15. April d. J. mit der Einsetzung einer Reichsstelle für Kartoffelverorgung und der Übertragung des Erwerbs und Ankaufs von Kartoffeln an die Kommunalverbände für die minderbemittelte Bevölkerung. Das Reich gewährt ihnen einen Zuschuß, da der Ankauf zu Preisen erfolgen müsse, „die dem Landwirte neben dem Höchstpreis ein Entgelt für Aufbewahrung, Behandlung und Risiko bietet“, wie es in der amtl. Verlautbarung heißt. Diese Extragebühr bemittelt sich nach bestimmten Zeiträumen und geht von 1 bis auf 4 Mk. hinauf. Damit ward ein ganz neuer Weg betreten. Es wurden schwere Bedenken dagegen laut, denn für das Reich entfiel dadurch eine ganz ansehnliche Belastung, und zweitens findet man darin ein zu großes Entgegenkommen an die Produzenten, die in gewöhnlichen Zeiträumen wie alle Erwerbsstände in jedes geschäftliche Risiko selbst zu tragen haben, jetzt aber durch diese besonderen Zuschüsse von der Verfüterung der Kartoffeln an die Schweine abgehalten werden sollen, deren Massenabschlachtung sie widerstreben, wodurch wiederum die Preise dafür außerordentlich hohe blieben. Wenn gegenwärtig z. B. beim höchsten Kartoffelverkauf in Leipzig der Zentner nicht unter 6,75 Mk. zu erzielen ist und für eine bessere Sorte 7,50 Mk. gezahlt werden muß (der Landwirt aber noch mehr dafür erhält), so ist es uns ein Rätsel, wie angeht es der wahrlich nicht geringen allgemeinen Steuererhebung die minderbemittelte Bevölkerung, also der weitaus größte Teil des Volkes, einen solchen Preis bezahlen soll. Es müßte deshalb, da sich nun ein über Erwarteten großer Kartoffelverrat ergeben hat, durch eine neue Bundesratsverordnung der letztmalig festgesetzte Höchstpreis für Kartoffeln eine nicht unerhebliche Ermäßigung erfahren. Der Reichstag sollte dies als seinen Willen der Regierung bekunden, die dann der Landwirtschaft gegenüber einen nicht so schweren Stand haben würde. Mit der Befestigung der nun einmal aufgefundenen Ausschläge dürfte es nicht werden, sonst erwachen neue Widerstände aus der Überzeugung heraus, daß eine Beschlagnahme ja (leider) doch nicht zu befragen ist.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft hat sich gewiß in diesem Kriege gut bewährt. Graf Schwerin-Öbwohl, der Vorsitzende des Deutschen Landwirtschaftsrates, meinte auf dessen in voriger Woche stattgehabter Tagung sogar, die deutsche Getreideproduktion habe sich im letzten Jahre um fast 50 Proz. gesteigert. Aber das deutsche Volk muß dafür einen entsetzlichen zu hohen Preis zahlen: in Friedenszeit die sehr respektablen Getreide- und Viehpreise, während des Krieges Steuerpreise, von ungebührlicher Steigerung. Zudem hat das Verhalten nicht gerade weniger Landwirte zu scharfer Kritik herausgefordert. Ähnliche Stellen haben verschiedentlich ein solches Benehmen den Gemeininteressen gegenüber als unpatriotisch angeprangert. Aber diese zwar nicht als allgütliche Ermahnung zu beurteilenden Vorkommnisse hinaus besteht aber nirgends Zweifel, daß die Landwirtschaft es vorzüglich verdient hat, ihre Interessen während der Kriegsmonate zu fördern. Es ist deshalb nicht zu verstehen, daß Dr. Franz Oppenheimer jüngst in der „Offizeitung“ (Steffin) Stimmung machen konnte, der Landwirtschaft nach dem Kriege eine besondere Staatshilfe zu gewähren, u. a. auch in Fällen, wo durch den Krieg eine Überschuldung des Bestandes eingetreten ist. Im allgemeinen wird ja durch gewisse Erleichterungen allenfalls geholfen werden müssen; für die Landwirtschaft darf daraus aber kein Grundpaß gemacht werden, denn das Reich und die Bundesstaaten könnten dann bei der gewiß eintretenden viel schlimmeren Lage in einer ganzen Anzahl von Gewerben schwer in die Brüche kommen. Der Landwirtschaft ist viel zu sehr das Gefühl der Bevorzugung zu eigen geworden. Der in dem Landwirtschaftsrat jetzt unternommene Vorstoß gegen die Kriegsgeldregelung ist auch ein Zeichen dafür. Es wird befürchtet, den höchsten Einfluß bei der Regelung der Lebensmittelpreise wieder zu verlieren, wenn es zur Durchführung der vom Landwirtschaftsrat gefassten Beschlüsse kommt. Der Deutsche Reichstag hat darum die Situation richtig erfasst und schnellst seinen Zusammentritt beschloßen. (Schluß folgt.)

Correspondenzen

Dresden. (Mitgliederversammlung vom 7. Mai.) 62 Kollegen, 6 Proz. der Einberufenen, sind zur Zeit im Gau Dresden als gefallen gemeldet worden, ihre Ehre nahm die Versammlung vor. Unter Gauvorsitzer ermahnte in seiner Begrüßung der Neuausgewählten, die sich erfreulicherweise in ihrer Gesamtheit dem Verband angeschlossen, die jungen Kollegen, angeht der gegenwärtigen schweren Zeiten gute sowie verlässliche Mitglieder zu werden. Darauf folgte ein Vortrag des Herrn Redakteurs Barbel über „Welterträge und Weltkrieg“ die aufmerkamen Zuhörer und frug zum Verständnis des besonders zwischen den kriegführenden Staaten abgeschlossenen Friedens- und Kriegsvölkerrechts und seine Handhabung im toben den Völkerkriege wesentlich bei. Zum Schluß gelangte noch eine drückende Angelegenheit zur Beprechung.

Oberlauff. Der Buchdruckmaschinenmeißer-Begriffsverein der Oberlauff (Sitz Jittau) hielt am 9. Mai seine zweite diesjährige Versammlung in Jittau ab, die auch von den noch nicht im Felde stehenden Kollegen sehr gut besucht war. Vorsitzender Stöbe eröffnete sie mit der üblichen Begrüßung, besonders der neu aufzunehmenden Kollegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende unseres Spartenkollegen Paul Illing, der als Kriegsfreiwilliger den Helmbod im Völkermorden auf Frankreichs Fluren gefunden hat. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde das Rundschreiben der Zentralkommission besprochen. Eine ganz besonders scharfe Debatte zeltigte die nichtstimmige Erklärung der Zentralkommission über den Rücktritt des Kollegen Suf von der Zentralkommission, daß dieser plötzlich aus Gesundheitsrücksichten ausgeschieden sei. Die Versammlung faßte schließlich einstimmig folgenden Beschluß: „Der Vorstand wird beauftragt, an die Zentralkommission ein Schreiben zu richten, in welchem er von der Zentralkommission näheren und deutlichen Bescheid über die Angelegenheit verlangen soll mit der Bemerkung, daß ein Verein wie der Oberlauff, der seine Verpflichtung der Zentralkommission gegenüber stets pünktlich erfüllt, ja sogar mehr leistet, als er zu leisten hat, auch verlangen kann und muß, im klaren und auf dem lautenden zu sein, wenn nicht anders, dann durch ein vertrauliches Schreiben an den Vorstand.“ Nach Erledigung der andern Punkte des Rundschreibens, wozu die Mitglieder ihr Einverständnis erklärten, wurden die eingegangenen Geldposten von den elf im Felde stehenden Kollegen zum besten gegeben und ein Antrag angenommen, den im Felde stehenden Kollegen nochmals eine Liebesgabe zu senden. Nach Erledigung der Tagesordnung hielt Kollege Stöbe einen Vortrag über „Maschinenaufrichtung und Streckung des Papiers“ mit anschließenden praktischen Beispielen. Nachdem noch verschiedene Anfragen der einzelnen Kollegen über technische Schwierigkeiten in der Praxis zur Zufriedenheit erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß die nächste Versammlung ebenso vollständig besucht sein möge, denn nur dann könnten wir unsere Zusammenhänge stärken und den aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen zeigen, daß auch die weitesten zu Hause gebliebenen Kollegen noch treu zusammenstehen und die Sparte hochhalten.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Von Buchdruckern im Kriege. Für vorbildliche Pflichterfüllung im Kriegsdienst erhielten von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation das Eisene Kreuz: Fris Becker und Fris Küßl (Berlin), Fris Bachmann (Wunzlau), Lambert Müller (München), Heinrich Friederich (Roden), Paul Schwib (Schweini. i. N.), Emil Marquardt (Steffin) und Joseph Umberg (Wiesbaden). Damit haben bis jetzt 570 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erworben.

Kriegszulage. In München gewährt die Buchdruckerei Münchener Zeitungsverlag ihrem Personal je nach Lohnbezug eine wöchentliche Teuerungszulage bis zu 2 Mk.

Die graphischen Sammlungen und Ausstellungen in Leipzig. Obwohl während der bevorstehenden Pfingstfeier die üblichen Pfingststreifen zum größten Teil in Wegfall kommen werden, dürfte vielleicht doch so mancher Kollege aus der näheren Umgebung Leipzigs über die Feiertage keine Schritte nach „Klein-Paris“ an der Pleiße lenken, um die Stadt der Bücher und Buchdrucker etwas eingehender in Augenschein zu nehmen. Ja, wir glauben sogar annehmen zu dürfen, daß so mancher Kollege, der in Leipzig zur Zeit selbst zu Hause ist, unter dem Drucke der Teuerung und sonstiger kriegerischer Verhältnisse seine Pfingstpläne nur auf den kleinsten Maßstab reduzieren und in Leipzig selbst Umschau halten wird, ob nicht noch etwas zu sehen ist, was ihm bisher noch unbekannt war oder noch einer eingehenderen Beschäftigung wert sei. In diesem Sinne möchten wir die Aufmerksamkeit auf die graphischen Sammlungen und Ausstellungen lenken, die erst in den letzten Wochen in Leipzig wertvolle Erweiterungen erfahren haben. Im prächtigen Buchgewerbehäus an der Dolsstraße (beim Eisenburger Bahnhof) befinden sich die technischen Sammlungen aus alter und neuester Zeit, wobei alle Bücher der weiten graphischen Technik in anschaulicher und teils auch praktischer Weise vor Augen geführt werden. Diese Sammlungen im Buchgewerbe sind am ersten Pfingstfeiertage von 11 bis 2 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet; auch die prachtvolle Gutenberghalle im gleichen Gebäude ist innerhalb der gleichen Zeit unentgeltlich geöffnet. Wer keine Gelegenheit hatte, auf der vorjährigen graphischen Weltausstellung eine zusammenfassende Übersicht über das Buchgewerbe zu erlangen, dem wird sie hier in wohlüberlegter, kurzer aber doch klarer Weise geboten. An keinem andern Orte Deutschlands ist für absehbare Zeit an eine gleiche Darbietung zu denken. Nicht minder wertvoll, ja für tieferes Erfassen unserer Kunst, ihrer Entwicklung und ihrer Bedeutung für die menschliche Kultur überhaupt noch geeigneter, sind die historisch-künstlerischen Sammlungen des Deutschen Buchgewerbe- und Schriftmuseums in der Kuppelhalle auf dem Ausstellungsgelände am Fuße des Völkerschlachtdenkmal. Diese Sammlungen sind an beiden Pfingstfeiertagen ununterbrochen von 10 bis 6 Uhr geöffnet; besondere Gruppenführungen finden gleichfalls an beiden Tagen statt, und zwar um 11 und um 4 Uhr. Der Eintrittspreis für die Besichtigung der ganzen Sammlungen (in 88 Räumen) beträgt nur 25 Pf. Die Eintrittskarten sind am Eingange

der Kuppelhalle zu lösen. Wer also von unsern Kollegen in und um Leipzig herum über die Pfingstfeiertage den Geist der schwarzen Kunst in erhebender und belebender Weise auf sich wirken lassen will, der beherzige diesen Wegweiser!

Einfluß des Kriegs auf die Wohnungsfrage. Mehr und mehr werden in letzter Zeit Stimmen laut, die darauf aufmerksam machen, daß der Krieg besonders ungünstig auf den Kleinwohnungsmarkt einwirkt. Die Nachfrage nach kleineren billigen Wohnungen macht sich von Tag zu Tag mehr bemerkbar. Frauen, deren Männer, Ehemänner, deren Söhne, die zum Haushalt beigezogen haben, gefallen oder ganz oder teilweise erwerbsunfähig geworden sind, können ihre bisherigen Wohnungen meistens nicht mehr weiterbehalten. Sie suchen sich kleinere und billigere, an denen leider bisher noch kein Überfluß vorhanden war. Staat, Städte und Genossenschaften sollten daher jetzt schon alle Wege beschreiten, die einer Verschärfung der Wohnungsverhältnisse vorbeugen können. Denn ein Verlaß auf das Privatkapital ist auf diesem Gebiete doch nicht. Sieht man in Betracht, daß bereits seit acht Monaten die Wohnungsbereitung fast vollständig ruht, so ergibt sich um so dringender die Notwendigkeit, daß auf diesem Gebiete mit allen Kräften und Mitteln nachgeholfen wird. Öffentliche rechtliche und finanzielle Erleichterungen für den Bau von Kleinwohnungen sollten durch die Behörden sowie durch die Verwaltungen der sozialen Versicherungen sofort in großem Maßstabe geschaffen werden, damit nicht noch zu dem unerhörten Lebensmittelwucher noch ein Wohnungswucher kommt.

Kirdorf und die Seinen. Schon mehrfach haben wir an dieser Stelle auf das offene Bekenntnis des „Großindustriellen Kirdorf“ hingewiesen, der einzelne Regierungsvertreter, insbesondere aber den Handelsminister v. Sydow, davor warnte, die organisierte deutsche Arbeiterschaft als verhandlungsfähig einzulassen, da diese sich sonst kriegerische Hoffnungen auf Erfüllung ihrer Forderungen machen würde. Inzwischen hat aber nun diese Kirdorfsche Tendenz eine Erweiterung erfahren, indem die „Deutsche Bergwerkszeitung“ in ihrer Nr. 96 schreibt, daß die Anstaltung Kirdorfs von der ganzen westlichen Großindustrie geteilt werde. Dadurch erhält die von uns schon gekennzeichnete Rede Kirdorfs den Charakter eines ganz bestimmten Programms, dessen Anhänger von einem „Umernen“ auch in der Zukunft gar nichts wissen wollen. Millionen Arbeiter sind ins Feld gezogen, opfern ihr Leben, ihre Gesundheit, verteidigen die Güter der Nation und schützen gleichzeitig Besitz und Vermögen derer um Kirdorf. Dieser selbst mußte in seiner Rede diese vaterländische Pflichterfüllung rühmend hervorheben. Dennoch ruft er der Regierung zu, mit den berufensten Vertretern dieser Millionen kämpfender Arbeiter nicht zu verhandeln. Da verlohnt es sich doch, beiseiten diese Herren, die in so unerhörter Weise ihren Herrenkaindunkpunkt gegen Regierung und Arbeiterschaft, in möglichst scharf das ganze deutsche Volk herauskehren, etwas näher kennen zu lernen. Und auf dieser Fährte stoßen wir auf die berüchtigte Geheimkonferenz der deutschen Grubenbesitzer vom 6. Januar 1909 im „Palasthotel“ in Berlin. Es handelte sich um die durch eine Berggelehrtenliste den Grubenbesitzern auferlegende Verschärfung der Grubeninspektion durch Sicherheitsmänner. In der Geheimkonferenz wurden alle möglichen Wege erörtert, um die Pflicht der Regierung, den Bergarbeitern einen größeren Schutz gegen Betriebsgefahren zuteil werden zu lassen, zu vereiteln. Dabei entwickelte der in Oberhessen wohnende Berggraf Williger u. a., folgendes Programm: „Mir scheint es auch — wenn ich vertraulich hier reden darf —, daß es sich bei dieser Vorlage schließlich und endlich um die Stellung des Ministers handelt. Man hat ihm von oben her die Pistole auf die Brust gesetzt. Ich bin nun der Ansicht, man muß dem Minister das Rückgrat stärken und ihm, wenn nicht anders, zu einem eleganten Abgange verhelfen. Wir wissen nicht, wie der nächste Minister einmal sein wird, aber wenn wir den Herren immer wieder das Rückgrat stärken, indem wir treu auf unserm Standpunkte beharren, und es geht vielleicht der zweite, dritte, vierte und fünfte, dann wird sich das Schätzchen schließlich doch zu unsern Gunsten wenden. Ich glaube, wir sind jetzt schon im Übergange begriffen.“ Also solange stützen, bis sich ein den Grubenherren genehmer Minister gefunden hat! Und das alles, weil ein Minister wagte, notwendigen Arbeiterforderungen entgegenzukommen zu zeigen und einige Arbeitervertreter zu laden. Herr Berggraf Aineke (Dormmund) wies gar auf die Gefahr hin, die ein solches Verfahren der Regierung heraufbeschwören müßte, ein „Gesahr“, „die später nur mit vielem Blutvergießen beseitigt werden kann!“ So die Grubenherren im Jahre 1909. Zu ihnen gehört Herr Kirdorf, dessen Rede am 17. April d. S. eine Reflexion der Reden der „Ministerfänger“ im „Palasthotel“ in Berlin ist. Damals handelte es sich darum, Grubenkatastrophen zu verhüten, den fortgesetzt steigenden Unfällen im Bergbau zu begegnen, heute heißt es: die Nation zu schützen. Heute geben unzählige Arbeiter Leben und Gesundheit her, um die kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritte in Deutschland zu verteidigen. Sie gehen in den Kampf mit der Überzeugung, daß auch die Arbeiter in staatsrechtlicher Beziehung von diesem Kriege profitieren werden, daß künftig die Gewerkschaften als berufene Vertreter der hinter ihnen stehenden Arbeiter anerkannt werden, daß mit ihnen in Arbeiterfragen verhandelt und beraten wird. Da kommt Herr Kirdorf her und hält seine Klaxondröhre an die Regierung, fordert sie auf, nicht nur der sozialdemokratischen Arbeiterschaft kein Entgegenkommen zu zeigen, sondern auch Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen nichtsozialdemokratischer Richtung abzulehnen. Hinter diesem Manne stehen die Männer der Geheimkonferenz, und was diese sich zutrauen, das geht aus ihren Reden im „Palasthotel“ hervor. Was sie sagen und wollen,

findet Widerhall bei allen Scharmachern. Ihr gewaltiger Reichtum und ihre guten Beziehungen zu andern Machtfaktoren geben ihnen das Selbstbewußtsein, solche Reden zu halten oder zu akzeptieren, wie die des Herrn Kirdorf. Dennoch hoffen wir, daß sich die Regierung dem Willen der Herrenmenschen — als solche bezichtigen sie sich selbst — nicht beugt, daß sie die Hoffnungen der Millionen, die in den Krieg gezogen sind, nicht zuschanden macht. Fortschritt und Kultur haben ihre Fundamente nicht im engherzigen, rücksichtlichen Herrenmenschentum, sondern sind begründet in dem begeisterten Willen der Massen, der Millionen, die kulturell nach vorwärts streben. Die Sache dieser Millionen muß auch die Sache der Regierung sein. An der organisierten Arbeiterschaft, und zwar besonders an den Gewerkschaften, wird es jedoch liegen, der Regierung diese Million zu erleichtern, indem sie sich nicht auf die Hilfe der Regierung allein verläßt, sondern durch treues und noch festeres Zusammenhalten ihre eignen Kräfte stärkt. Je mehr dies gelingt, wird auch die Regierung erkennen, daß sie in ihrem Streben, die sozialen Verhältnisse des Volkes zu heben, nicht allein steht, und sich nicht vor Herrenmenschen Kirdorfscher Art zu genieren braucht. Geschlossenheit und Festigkeit der Arbeiterorganisationen werden auch der Regierung oder den Ministern, die es mit der Arbeiterschaft ehrlich meinen, ein festes Fundament geben. Wird das allenthalben in Arbeiterkreisen richtig erkannt und gewürdigt, dann dürfte sich die Kirdorferlei gar bald in „weiße Salbe“ auflösen, d. h. in solche, die nichts schadet, aber auch nichts hilft.

Arbeitszeit und Lohn in der Militärärztnerei. Das Kriegsbekleidungsamt des XII. Armeekorps in Dresden hat mit Wirkung vom 10. Mai 1915 ab die tägliche Arbeitszeit der Militärärztnerei von zehn auf neun Stunden herabgesetzt. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit soll an den Sonntagen dadurch herbeigeführt werden, daß an diesen Tagen ohne Mittagspause bis 2 Uhr nachmittags durchgearbeitet wird. Diese an sich begrüßenswerte Maßnahme, die von den Arbeitern seit langem lebhaft gewünscht wurde, wird leider, da den Arbeitern Stundenlohn gezahlt wird, eine bedeutende Verkürzung des Verdienstes der Militärärztnerei zur Folge haben, denn die Bestimmung über die Entlohnung nach Stunden wurde in der Verfügung des Kriegsbekleidungsamtes ausdrücklich erneuert. Diese Lohnkürzung beträgt je nach der Lohnklasse 4,20 Mk. bis 4,90 Mk. wöchentlich bei den Arbeitern und rund die Hälfte dieser Beträge bei den Arbeiterinnen. Eine solche Verringerung des Verdienstes muß natürlich bei den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen von der Arbeiterschaft besonders schwer empfunden werden, um so mehr, als eine wesentliche Verkürzung der Arbeitsleistung trotz der Verkürzung der Arbeitszeit kaum zu erwarten ist. Bisher leistete eine Gruppe von 14 Arbeitern täglich 14 bis 15 Waffentrübe, und die bisherigen Erfahrungen lassen die Annahme der Arbeiter berechtigt erscheinen, daß dieses Penultim auch bei der neuen Arbeitszeit durch noch intensiveren Arbeit beibehalten werden soll. Der Verband der Schneider in Dresden sah sich daher veranlaßt, die zur Zeit allein möglichen Maßnahmen dagegen zu ergreifen und eine Eingabe an das sächsische Kriegsministerium zu richten, in der der ganze Sachverhalt ausführlich dargelegt wird. Darin wird u. a. betont, es sei wohl anzunehmen, „daß eine solch empfindliche wirtschaftliche Schädigung der Arbeiter in einer Zeit, die eher eine Teuerungszulage an die Arbeiter rechtfertigen würde, durchaus nicht den Anschauungen der Regierung entspricht und vom Kriegsbekleidungsamt kaum beabsichtigt sein kann“. Und in dieser Annahme wird schließlich das Kriegsministerium in Sachen dringend gebeten, „baldmöglichst in eine wohlwollende Prüfung dieser Angelegenheit einzutreten und zu veranlassen, daß die angehängte Lohnreduktion nicht durchgeführt wird, vielmehr die bisherigen Lohnsätze weiter gezahlt werden und von den Entschädigungen dem unterzeichneten Verbandsbescheid zu kommen zu lassen“. Es bleibt zu wünschen, daß diese Eingabe die rechte Wirkung durch das Kriegsministerium finden möchte.

Verschiedene Eingänge.

„Typographische Fahrblätter.“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. Heft 4. 36. Jahrgang, 1915. Preis pro Jahrgang (12 Hefte) 7,20 Mk. „Der Arbeiterschutts in Deutschland.“ Von Robert Schmidt, Mitglied des Reichstags. Mit 21 Abbildungen. Berlin, Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“. Preis 1,20 Mk. Die Schrift gibt eine knappe Übersicht über die hauptsächlichsten Bestimmungen des geltenden Rechts sowie einige kritische Betrachtungen. Nicht auf die Einzelheiten kommt es dem Verfasser dabei an, vielmehr nur darauf, die wichtigsten Gesetze in ihrem Inhalt und ihrer praktischen Handhabung denen zum Verständnis zu bringen, die der Materie fremd gegenüberstehen. Der erste Abschnitt behandelt den Schutz der Kinder, der Jugendlichen, der Arbeiterinnen, ferner die Rechtsverhältnisse, die Unfallversicherung und die Kontrolle der Betriebe; der zweite das umfassende Gebiet der Arbeiterversicherung, deren Leistungen, Geltungsbereich und Verwaltungsformen. Die beigegebenen Aufnahmen einer Anzahl Unfallfällen und praktischer Arbeiterschuttsmaßnahmen sollen diesen kurzen Führer durch die sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands ergänzen und die Darstellung anschaulicher machen.

✠ Opfer des Krieges wurden: ✠

Aus Arnsberg: Johann Schöffler (S.); Heinrich Henneke (S.).
Aus Baden-Baden: Erich Tummendorf (S.).

Aus Barmen: Edmund Schmalenberg jun. (Dr.).
 Aus Berlin: Paul Gehner (G.); Martin Günzel (G.).
 Aus Bernau: Bruno Mähig (S.).
 Aus Bielefeld: Franz Lippert (Dr.); Andreas Schmidt (G.); Wilhelm Worms (G.); August Wiffe (Dr.).
 Aus Chemnitz: Kurt Lajch (Dr.); Karl Rülke (Dr.).
 Aus Dresden: Friedrich Man (M.S.).
 Aus Duisburg: Wilhelm Schuch (G.); Wilhelm Sors (S.).
 Aus Erfurt: Friz Erdmann (Dr.).
 Aus Essen: Karl Liebshorn (S.).
 Aus Frankfurt a. M.: Konrad Müller (Dr.).
 Aus Halle a. S.: Otto Krüger (S.); Paul Wiff (Dr.).
 Aus Harburg: Karl Scheller.
 Aus Kassel: Hans Waldeck (Dr.); Ernst Gosda (S.); Bernhard Kauff (S.); Heinrich Sandersky (Dr.); Hermann Kühne (S.); Otto Buchmann (S.).
 Aus Köln: Franz Linß (S.); Karl Dembinski (S.).
 Aus Landshut: Franz Scherzinger (S.).
 Aus Leipzig: Richard Germer (S.); Oskar Paul Pehold (St.).
 Aus Meib: Otto Hommel (S.).
 Aus Neuruppin: Paul Bartels (S.).
 Aus Posen: Paul Weichert (S.).
 Aus Pöblich: Otto Unger (S.).
 Aus Segeberg: Otto Seperin (S.).
 Aus Steffin: Otto Geisler (S.); Willi Dahn (S.).
 Aus Straubing: Willi Schuderer (S.).
 Aus Stuttgart: Ernst Bichelhaupt (S.).
 Aus Wiesbaden: Otto Bauer (M.S.).
 Aus Würzburg: Georg Grün (S.).

(S. = Seher, M.S. = Maschinenlehrer, Dr. = Drucker, Schm. = Schmelzgerdegen, G. = Gießer, St. = Strohloppent, F. = Faktor, P. = Prinzipal. Die aufgeführten Städte geben den letzten Konstitutionsort an.)

Briefkasten.

R. D. in L.: Ein Abzug für rüchfändige oder laufende Steuern von der Unterstützung an die Familien der zum Seeresdienst Eingezogenen ist unzulässig. — A. F. in A.: Die Cunoische Broschüre „Parteil Zusammenbruch“ dürfte am meisten dem entsprechen, was Sie über den kapitalistischen Entwick-

lungsgang denken. Kautskis hat in Nr. 3, 4 und 5 der „Neuen Zeit“ den Standpunkt von Cunow einer Kritik unterzogen, und dieser antwortete in Nr. 6 und 7 darauf. — D. R. in B.: Die nächste „Wochenchau“ kann erst am 27. Mai erscheinen. Wir haben vor einiger Zeit schon einmal auseinandergesetzt, daß während der Kriegsdauer der Umfang des „Korr.“ Einschränkung erfahren und bei dem sehr ungleichen Stoffandrang auf Ausgleich durch Verteilung der Artikel über einen längeren Zeitraum hingewirkt werden muß. Deshalb hat die „Wochenchau“ sich mehrmals Zusammenlegung erfahren. In den letzten 14 Tagen mußten nun teils nicht aufschließbare, teils schon zurückgestellte Sachen Ausnahme finden, so daß für die „Wochenchau“ kein Raum verblieb. Es wählten also Umstände ob, die Sie nunmehr auch berücksichtigen werden. Wir müssen aber hinzufügen, daß aus andern Gründen noch wöchentliches Erscheinen nicht mehr die Regel sein kann. — C. W. 100: 1. Das kann ein Prinzipal allerdings. 2. Dafür ist der Verbandsvorstand zuständig und deshalb nach Berlin überwiesen. — W. A. aus L.: 1. Eingang wiederum dankend bestätigt. 2. Davon noch nichts gehört, mag an Abhaltungsgründen liegen; also auf Wiedersehen! — „Schweizer“: Leider ist es so. Frdl. Gruß! — Landwehrmänner in Seltsame: Besten Dank für Lebenszeichen und Anerkennung. Der Wunsch nach mehr Stoff dieser Art wird nach besten Kräften zu erfüllen gesucht werden; leider sind aber dabei auch ganz merkwürdige Hemmungen im eigenen Lager zu berücksichtigen. Aber wir hoffen auch damit fertig zu werden. — S. M. D. in D.: 1. Feststellungen haben wir bestens dankend erhalten. 2. In einiger Zeit erfolgt gründliche Durchsicht jener Jahrgänge, damit soll gern Nachforschung verbunden werden. — St. Sch. in Fr.: Für rdl. Seiten einstweilen kurzen Dank. — M. W. aus S.: „Im Schützengraben“ hat freundl. Aufnahme gefunden, worüber noch Weiteres gesagt werden wird. Regelmäßige oder gelegentliche Zusendung stellen wir anheim. Als „Austausch“ wird „Korr.“ angelehnt. — M. G. aus N.-H.: Für solchen Willkommensgruß kann man Verfassenden haben. Freundl. Gruß! — A. S. in B.: Findet baldmöglichst Aufnahme. — W. D. in München: Werden in nächster Nummer unter „Gestorben“ veröffentlicht. — G. & A. in D.: 1,40 Mk. — R. F. in

Harburg: 2 Mk. — P. U. in Bernau: 2,60 Mk. — P. R. in Halle: 3,50 Mk. — F. R. in Alrweiler: 2 Mk.

Verbandsnachrichten
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamilliplatz 5 II.
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Rheinland-Westfalen. Der Rechenschaftsbericht des Gauers Rheinland-Westfalen geht in den nächsten Tagen den Bezirksfunktionären zu, und wollen diese die Ausbändigung an die Mitgliedschaften und Mitglieder baldigst veranlassen.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
 Im Gau Oder der Seher 1. Oswald Priebe, geb. in Bienen (Kr. Salzweel) 1891, ausgel. in Rogalen 1912; 2. Otto Kuntze, geb. in Wriezen 1896, ausgel. dal. 1914; 3. der Drucker Paul Göbel, geb. in Bernsbach 1895, ausgel. in Schwarzenberg 1914; waren noch nicht Mitglieder. — Gustav Reinke in Steftin, Turnerstraße 10.
 Im Gau Rheinlands-Westfalen der Seher 1. Alois Plagemann, geb. in Rheine 1894, ausgel. dal. 1912; 2. Bernhard Fuß, geb. in Birkesdorf bei Düren 1884, ausgel. in Düren 1903; 3. der Drucker Joseph Juban, geb. in St. Marein-Erlachstein 1878, ausgel. in Gilt 1897; waren noch nicht Mitglieder; 4. der Seher Peter Weber; geb. in Nollberg bei Düren 1895, ausgel. in Düren 1913; war schon Mitglied. — Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 28.
 Im Gau Schleswig-Holstein der Seher Karl Bremer, geb. in Hamburg 1896, ausgel. dal. 1915; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34.

Veranlassungskalender.

Waldenburg i. Schl. Maschinenlehrer-Bezirksversammlung Sonntag, den 30. Mai, vormittags 9 Uhr, im „Welken Eichen“ in Schweidnitz.

Dinotypefeker

für Werkfab zum baldigen Antritt gesucht. [406]
 Königl. Hofbuchdruckerei Wilhelm Greve
 Berlin SW 68.

Zwei Schriftfeker
 für Gehilfsjahre gesucht. Offerten unter Nr. 417 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtige Werkfeker
 zu sofortigem Eintritt gesucht. [432]
 Mannheimer Vereinsdruckerei in Mannheim.

Anzeigen- und Wertfeker
 können sofort eintreten. [431]
 Ermänd. Setzungs- und Verlagsdruckerei Braunsberg (Ostpr.).

Dinotypefeker
 an Idealmaschine gesucht. Offerten unter Nr. 416 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Maschinenmeister
 für Illustrations- und Drel- und Bierarbedruck in dauernde, gutbezahlte Stellung gesucht. Off. erbeten an [435]
 Gebüder Dietrich, Kunstbrückerel, Leipzig, Josephinenstraße 9.

Maschinenmeister
 möglichst militärel, welcher schon an Reaktionsmaschine (16 fellige Frankenthaler) gearbeitet hat, vorläufig zur Ausbilde gesucht. [430]
 „Arbeiter-Zeitung“, Dortmund, Kiefstraße 5.

Komplett- und Monotypegiefeker
 für dauernd gesucht.
 Dhtenrothfche Buchdruckerei Georg Altkers, Erfurt. [393]

Junger Werkfeker
 sucht Stellung, eventuell für sofort. Off. erbeten an Valentin Weber in Mainbernheim.

Dinotypefeker Anfänger, sucht in Leipzig Stellung. Off. unter Nr. 436 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Stereotypiepapiere
 in allen Formaten, Bl. Zepenpulver (nur eigenes Patent) 100 Stk. 40 Mk. und Preisliste und f. Matrizensteln im 1881 gegründeten Spezialgeschäft [383] S. Adressen & Sohn, Hamburg 11.

Graphische Fachklassen
 Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Photomechanische Verfahren, Entwurf- und Werkstatt-Ausbildung, Prospekte frei. Kunstgewerbeschule Barmen

Runtgewerbe- und Handwerker- schule zu Dessau
 Mauerstraße 36
Graphische Fachklasse
 Gründliche Weiterbildung für gelernte Kräfte. Praktischer und theoretischer Unterricht in allen Spezialfächern. Hierherkommende Beschränkte aus der Praxis. Nachweisbare Erfolge.

167. Königl. Sächsische Landes-Lotterie
 Günstigste deutsche Staatslotterie (In Preußen verboten.)
 Die einzige, in welcher jedes 2. Los gewinnt.
 Im günstigsten Falle:
800 000 Mark
 Hauptgewinne:
500 000 Mark usw. usw.
 ziehung der 1. Klasse 23., 24., 25. Juni 1915
 Lose 1/10 5, 1/2 10, 1/4 25, 1/5 50 Mk.
 Staatl. Kollektion B. Streckermann, Leipzig, Bawerische Straße 6.

Zu meinem 25 jährigen Verbandsjubiläum sind mir vom Gauvorstande Rheinland-Westfalens, vom Gauverein Bezirksvorstande, vom Ortsverein Alrweiler und zahlreichen Kollegen, bekanntlich auch aus fernster Zeit, Ehrungen übermiffelt worden, für die ich allen herzlich danke. Nach wie vor sei meine Devise: Treu dem Verband! Alrweiler. Feit Meiel.

Der Unterzeichnete nimmt hiernit die gegen die Kollegen des „Pfalz. Merkur“ in Zweibrücken gemachten Beleidigungen mit Bedauern zurück. Rudolf Hofmann.

Gutenbergsbüfeln in Alabaster oder Eisen, beinmassig zu Mk. —, 90, 2,25, 6, 7,50, 18, 22,50 und 36 je nach Größe empfiehl. St. Stegl, München 2, Holzstraße 7.

Der neue Duden

Nachschreibung der deutschen Sprache unentbehrliches Hilfsbuch für Seher und Korrekturen, III. Aufl. 1914. Ladenpreis 2,50 Mk. Porto 30 Pf. Bestellungen an A. Stegl, München, Holzstraße 7.

Ahlen, Pinzetten usw. besteht man sehr vor- teilhaft vom Kollegen Robert Froh, Graph. Fachgeschäft, Halberstadt.

Nach langem Kranksein wurde uns am 16. Mai unser lieber Kollege, der Seher **Gustav Harlach** aus Kassel, im Alter von 65 Jahren durch den Tod entzogen. Wir verlieren in demselben ein langjähriges, treues Mitglied, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. Bezirksverein Mainz.

Am 10. Mai verstarb unser lieber Kollege, der Seher **Karl Spilka** aus Kattbor, im Alter von 42 Jahren. Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm der Bezirksverein Kattowig (O.-Schl.).

Am 14. Mai verchied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher **Emil Mühlberg** im Alter von 57 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen der Firma Sesse & Becker, Leipzig.

Als zweites Opfer des Völkerringens erlitt am 8. Mal den Heldentod für das Vaterland unser lieber Kollege, der Seher **Erich Immendorf** aus Kassel. Sein offener Charakter und kollegialer Sinn sichern ihm ein dauerndes Andenken. Ortsverein Baden-Baden.

Wieder haben wir den Verlust eines lieben Kollegen zu beklagen. Seit Beginn im Kriege lebend, erblickten wir die Nach- richt, daß unser lieber Kollege, der Stereotypur **Oskar Paul Pehold** gefallen ist. Sein Andenken werden in Ehren halten Die Verbandskollegen der Spamerfchen Buchdruckerei, Leipzig.

Leider wird uns leht die fraurige Nach- richt beftätigt, daß unser lieber Kollege, der Seher **Bruno Mähig** Unteroffizier im Ref.-Inf.-Reg. Nr. 150 aus Rothenburg (O.-L.), im Alter von 26 Jahren bereits am 23. März für das Vaterland gefallen ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsverein Bernau (Mark).

Wieder hat das Völkerringen zwei Opfer von unserm Ortsvereine gefordert. Es fiarb an den Folgen mehrerer Kopfschläge in der Nacht vom 22. zum 30. April den Heldentod unser lieber Kollege, der Seher **Otto Krüger** Muscheller im Ref.-Inf.-Reg. Nr. 264 im 23. Lebensjahre. [429] Am 5. Mai fiarb ferner für das Vaterland unser brauer Kollege, der Drucker **Paul Wiff** Kriegerfreiwilliger in einem Inf.-Reg. in einem Geleht im Westen. Sie ruhen sanft in fremder Erde. Ortsverein Kasse a. S.

Den Heldentod fand am 24. April bei einem Sturmangriff unser geschätzter Kollege **Karl Scheller** Gefahreservist im Inf.-Reg. Nr. 164 aus Kalle a. S., im 26. Lebensjahre. Obre feinem Andenken! Ortsverein Harburg (Obe).

Bei den Kämpfen im Westen fiel in der Nacht vom 25. zum 26. April unser lieber Kollege, der Schriftfeker **Martin Günzel** Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der Hofbuchdruckerei Julius Siffenfeld, Berlin.

Adressen für Zusendungen
 an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftfeker“:
 für Artikel, Sozialpolitik und Genossenschaftswesen: Will Krabi;
 „Rundschau, Volkswirtschaft und Alerarisches“: S. Schaffer;
 „Korrespondenz, Anstand und Gewerkschafts- revue“: Karl Schindholz;
 „Verbandsnachrichten, Interesse, Offerten, Post- anweisungen usw.“: Georg Böblich;
 (Mittlich in Leipzig, Salomonstraße 8. (Fernspr. 1411.) Straße und Hausnummer sind stets anzugeben!